



Forderungen des 5. Kongresses der polnischen Organisationen in Deutschland

Der Fünfte Kongress der polnischen Organisationen fand vom 19. bis zum 21. September 2021 statt. Über 120 Vertreter*innen polnischer Organisationen aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen diskutierten über die Zukunft der polnischen Gemeinschaft in Deutschland. Die Debatte fand am Vorabend der Wahlen statt. Die Postulate orientierten sich an den Problemen der polnischen Gemeinschaft in Deutschland. Die Pol*innen sind die zweitgrößte Einwanderergruppe in Deutschland. Ihre Zahl, ihre Bedürfnisse und ihr Beitrag zum deutschen Wohlstand werden von der deutschen Politik seit Jahren ignoriert. Die Kongressteilnehmenden sehen in dem Regierungswechsel neue Chancen für die zukünftige Zusammenarbeit in Deutschland, wo es Platz für alle gibt.

Wir fordern von der neuen Regierung in Deutschland:

im Bereich der Bildung:

- Nutzung des Potenzials der Zuwanderer*innen im Rahmen der Mehrsprachigkeit durch besseren Zugang zu Informationen, Kursen in ihrer Muttersprache sowie, im Rahmen der Chancengleichheit, die Möglichkeit, Prüfungen in polnischer Sprache abzulegen,
- Einführung von Programmen zur Bekämpfung der Bildungsdefizite von Kindern aus Polen, die nach Deutschland kommen, in der Sprache ihres Herkunftslandes,
- Durchführung einer breit und langfristig angelegten Informationskampagne zur Förderung des Erlernens und der Pflege der Herkunftssprachen auf der Grundlage europäischer Leitlinien,
- die Gleichstellung der polnischen Sprache mit anderen Fremdsprachen im deutschen Sprachunterricht und die Erleichterung der Einführung von Polnisch als zweite und dritte Fremdsprache,
- Einführung von Lehrplänen für Kindergarten-Erzieher*innen zum Thema Mehrsprachigkeit und Multikulturalität sowie Ausbildung polnischer Lehrkräfte in der Didaktik der Herkunftssprachen,
- dauerhafte Präsenz polnischer Sprachprogramme in den Lehrplänen, vom Kindergarten bis zum Abitur, insbesondere in den Grenzregionen, aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen (Zuzug von Arbeitskräften aus Polen und seit Jahrzehnten anhaltender Zuzug junger Familien aus Polen), die sich direkt aus der geopolitischen Lage ergeben,

im Bereich der Arbeitsmarktsituation:

- Einrichtung eines Qualifizierungsprogramms für bereits in Deutschland lebende Pol*innen (und andere EU-Bürger*innen) (Sprachkurse, maßgeschneiderte Umschulungskurse) nicht nur für ALG-II-Empfänger, sondern auch für diejenigen, die weniger als 1.600 Euro brutto verdienen, um das Armutsrisiko abzuwenden,
- Einbeziehung polnischer Migrant*innenselbstorganisationen in die Neuanwerbung von Fachkräften und Bereitstellung von Mitteln im Haushalt für diesen Zweck,
- Angebot an regelmäßigen Dienstleistungen von Migrant*innenselbstorganisationen nach der Ankunft neu angekommener Fachkräfte und ihrer Familien,
- Finanzierung polnischer Migrant*innenselbstorganisationen für die Anwerbung und berufliche Beratung,

im sozialen Bereich:

- Verbesserung des Zugangs zu Informationen in polnischer Sprache über das Sozial-, Familien- und Arbeitsrecht durch die Einrichtung von Informationszentren in allen Bundesländern in den oben genannten Bereichen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Grenzgebiet,
- Maßnahmen gegen die Diskriminierung polnischer EU-Bürger*innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt,
- Soziale Sicherheit nach der Ankunft in Deutschland (Beratung, Unterstützung)
- Sicherung der finanziellen Mittel für die Arbeit polnischer Migrant*innenselbstorganisationen,

im Bereich der engen Nachbarschaft zu Polen:

- Wiederbelebung der bilateralen Kooperationsinstrumente,
- Einrichtung eines einheitlichen, grenzüberschreitenden Systems zur Beobachtung und Analyse sozialer Prozesse
- Einrichtung eines gemeinsamen Krisenmanagements für den Fall einer Pandemie,
- Einrichtung eines grenzüberschreitenden Büros für die Verwaltung sozialer Fragen unter Beteiligung von Vertretenden der Grenzgemeinden,
- Einrichtung einer interdisziplinären bilateralen Arbeitsgruppe zum Thema "Einwanderung aus Polen und Rückwanderung nach Polen",

in Zusammenhang mit dem geltenden deutsch-polnischen Vertrag von 1991 und den Bestimmungen von 2011:

- Reaktivierung des Diskussionsforums und seine Öffnung für Vertretende der Zivilgesellschaft aus beiden Ländern,
- Aktivierung von Bevollmächtigten für die Polonia in allen 16 Bundesländern,
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des Vertrags unter Beteiligung von Vertretenden aus der Zivilgesellschaft,

in strukturellen Bereichen:

- Zuweisung von Strukturmitteln für polnische Migrant*innenselbstorganisationen in Deutschland, die sich mit Partizipation und sozialen Fragen befassen - Polnischer Sozialrat und Polnisches Bundesnetzwerk für Partizipation und Soziales
- Einrichtung eines Fonds für Projekte zu Partizipationsfragen - 1 Million Euro pro Jahr,
- Bereitstellung von Projektmitteln durch andere deutsche Ministerien zusätzlich zu den Bevollmächtigten für Kultur und Medien,
- Engagement für die Anerkennung des Beitrags der Pol*innen in Deutschland zur Entwicklung des Landes,
- Ergreifen von Maßnahmen, die dazu beitragen, das Bild Polens und der Pol*innen in Deutschland zu verbessern sowie Diskriminierung und antipolnische Ressentiments zu bekämpfen.

Konvent der polnischen Organisationen in Deutschland

Wiesław Lewicki

Bundeskonzferenz der Polnisch-Arbeitsgemeinschaften

Grażyna Kamień-Söffker Agnieszka Siemasz-Kaluza

Polnisches Bundesnetzwerk für Partizipation und Soziales PART OF EUROPE

Sprecher und Sprecherinnen: Krzysztof Blau, Sachsen-Anhalt Dr. Kamila Schöll-Mazurek, Berlin, Joanna Szymańska, NRW, Katarzyna Werth, MV